

Ergebnisprotokoll

der Sitzung Kommission „Silberner Plan“ am 13.11.2008 in Grevenbroich

TeilnehmerInnen:

Kommission „Silberner Plan“

Dr. Hans-Ulrich Klose	Martin Kresse	Helga Pollack
Helga Hermanns	Christa Quellmann	Hans-Werner Reisdorf
Gertrud Servos		

VertreterInnen kreisangehörige Städte und Gemeinden

Werner Hoffmann, Stadt Grevenbroich (techn. Beigeordneter)
Heike Steinhäuser, Stadt Grevenbroich (FBL Soziales)
Werner Moritz, Stadt Grevenbroich (Vors. Sozialausschuss)
Christiane Kemmerling, Stadt Dormagen (Vors. Jugendhilfeausschuss)
Bärbel Breuer, Stadt Dormagen (Seniorenbeauftragte)
Anke John, Stadt Kaarst (FBL Schule, Sport, Soziales)
Andrea Schumacher, Stadt Neuss (Sozialplanung)
Rudolf Graaff, Stadt Korschenbroich (Sozialdezernent)
Annerose Böhm-Weyerstraß, Gemeinde Jüchen (FBL Soziales, Senioren)

Institut für Gerontologie an der Universität Dortmund

Dr. Waldemar Schmidt, Barbara Zimmer

Verwaltung

Dezernent Stefan Stelten, Horst Baum, Marcus Mertens

Zur 5. Sitzung der Kommission „Silberner Plan“ wurden die Vorsitzenden der Sozialausschüsse und die Sozialdezernenten der kreisangehörigen Städte und Gemeinden eingeladen, um anhand des vorliegenden Gutachtens die Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf die pflegerische Versorgung im Rhein-Kreis Neuss zu erörtern.

Zu Beginn der Sitzung stellte Herr Dr. Schmidt sein wissenschaftliches Gutachten zur Nachfrageentwicklung in der ambulanten und stationären Pflege im Rhein-Kreis Neuss (2010 – 2015) vor. Er wies insbesondere darauf hin, dass die „angenommene Nachfrage“ als Mittelwert nur eine vorläufige Planungshilfe sein könne. Aufgrund der vielen Faktoren, die die Nachfrage erheblich beeinflussen können, sollten die vorliegenden Zahlen regelmäßig aktualisiert werden.

Dr. Klose bemerkte, dass auch die Fortschritte in der Medizin die Zahlen verändern würden. Aus dem Teilnehmerkreis wurden noch andere Faktoren genannt, die sich auf die Nachfrage auswirken könnten, wie zum Beispiel die Wohnberatung, die Förderung ambulanter Dienste oder auch die Erhöhung des Pflegegeldes.

Dezernent Stefan Stelten stellte fest, dass das vorliegende Gutachten aufgrund der umfangreichen Tabellen sehr gut geeignet sei, die Situation in den kreisangehörigen Städten und Gemeinden in den Blick zu nehmen. Ziel der Kommissionssitzung sei es, die Ergebnisse des Gutachtens bei den Kommunen in Politik und Verwaltung einzuspeisen. Insbesondere im Hinblick auf die stationären Pflegeeinrichtungen werde eine lange Vorlaufzeit benötigt, um planungsrechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Bis zum Jahr 2010 sei der Rhein-Kreis Neuss jedoch noch gut aufgestellt. Herr Dezernent Graaff fragte, ob die restriktive Haltung des Rhein-Kreises Neuss zur Ansiedlung stationärer Pflegeeinrichtungen noch gelte. Herr Stelten erläuterte, dass diese Haltung zwar noch richtig sei, allerdings aufgrund der vom Gutachter prognostizierten Nachfrageentwicklung absehbar sei, dass nach 2010 die Nachfrage das Angebot an stationären Pflegeeinrichtungen überschreiten werde und entsprechend reagiert werden müsse.

Der technische Beigeordnete der Stadt Grevenbroich, Werner Hoffmann, meinte, die Stadt Grevenbroich habe bei der prognostizierten Bevölkerungsentwicklung höhere Zahlen vorliegen. Dr. Schmidt erwiderte, dass er andere Quellen hinzugezogen hätte. Dezernent Stelten sagte, dass dies auch unschädlich sei, da sich die Tendenz nicht verändere.

Caritasdirektor Hans-Werner Reisdorf wies auf die veränderten Bewohnerstrukturen in den Pflegeheimen hin. So würden die Bewohner erst dann in Pflegeheime kommen, wenn die häusliche Pflege nicht mehr gewährleistet sei. Die durchschnittliche Verweildauer im Heim sei inzwischen drastisch gesunken.

In der allgemeinen Diskussion, welche Möglichkeit es gäbe, die vollstationäre Versorgung zu entlasten, wurde das „Betreute Wohnen“ oder „Servicewohnen“ und „Hausgemeinschaften“ genannt. Es sollte jedoch auch darauf geachtet werden, dass barrierefrei gebaut werde, da alte Menschen so lange wie möglich in ihren „eigenen vier Wänden“ leben möchten. Hier sollte mehr getan werden, wobei auch die Kommunen gefordert seien. Im Rahmen dieser Entwicklung müsse auch die Infrastrukturentwicklung in ländlichen Bereichen berücksichtigt werden.

Christiane Kemmerling, Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses der Stadt Dormagen hielt es für sinnvoll, die Kurzzeitpflege und Tagespflege auszubauen. Hierdurch würde der ambulante Bereich gestärkt, da pflegende Angehörige Entlastung erfahren könnten.

Dr. Klose erinnerte nochmals an das Angebot des Sozialdezernenten Stelten, in die Sozialausschüsse der Kommunen zu gehen, um auch dort die Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf die pflegerische Versorgung zu erläutern. Herr Dr. Schmidt bot sich an, auch in den Städten und Gemeinden mitzuwirken.

Dr. Klose dankte allen Beteiligten und beendete die Sitzung um 15.45 Uhr.

gez.
Baum
Kreisoberamtsrat